

# Auf Grün gebürstet

Autor(en): **Hertler, Roman**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **26 (2019)**

Heft 295

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-884330>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

bisher nichts, sagt Oberholzer. Er findet, dass man in erster Linie die Kantonalbanken dazu bringen sollte, nachhaltiger zu investieren. «Dies wäre der grösste Hebel, um etwas zu bewirken – und er wird bisher nicht genutzt.»

Vielleicht brauchen die Pensionskassen in der Ostschweiz noch etwas Zeit. Auch im rot-grünen Basel dauerte es, bis die kantonale Kasse erste Schritte einleitete. Zudem hat sich in St.Gallen wie in anderen Kantonen eine regionale Kontaktgruppe gebildet. Mitglieder sind in erster Linie Versicherte, welche ihre Vorsorgeeinrichtung zu einer nachhaltigeren Investitionspolitik auffordern. Laut der neu gewählten Grünen Nationalrätin Franziska Ryser, die selber mit dabei war, hat die Kontaktgruppe für die Pensionskasse des Kantons St.Gallen sicher dazu beigetragen, dem Thema Klimaschutz bei der Kasse die nötige Aufmerksamkeit zu verleihen. Sie will sich künftig auch in Bern für das Thema engagieren: «Divestment ist ein zentrales Element, um die Klimaziele zu erreichen und unsere globale Verantwortung wahrzunehmen.»

**Stefan Boss, 1966, ist freischaffender Journalist in Basel und Spezialist für Umwelt-, Geschichts- und Logistik-Themen.**

[klima-allianz.ch/blog/pensionskassen](http://klima-allianz.ch/blog/pensionskassen)

## AUF GRÜN GEBÜRSTET

**Die Toggenburger Bürstenfabrik Ebnat AG setzt seit über 100 Jahren auf einheimisches Holz und heizt seit 40 Jahren ausschliesslich mit dessen Abfällen. Geschäftsleiter Michele Vela erklärt, warum es sich lohnt, umweltschonend zu produzieren.**

**Interview: Roman Hertler**

Die Ebnat AG ist eine Tochter der Trisa Holding AG und mit gut 200 Mitarbeitenden zweitgrösste private Arbeitgeberin im Oberen Toggenburg. Vor allem die Holzzahnbürsten und die Interdentalbürsten erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Der Umsatz stieg in den vergangenen zehn Jahren im Schnitt um drei Prozent auf 42 Millionen Franken. 40 Prozent davon gehen auf die Zahnbürsten zurück, 25 Prozent auf die Interdentalbürsten und 35 Prozent auf Haushaltsprodukte. Die Ebnat AG produziert ausschliesslich in Ebnat-Kappel und setzt sich seit Jahrzehnten für eine ressourcenschonende Produktion ein.

Saiten: Michele Vela, warum arbeiten Sie mit Holz? Kunststoff wäre sicher günstiger.

Michele Vela: Seit der Gründung des Unternehmens 1914 setzen wir auf einheimische Buche, also Holz aus dem Toggenburg und der näheren Region. Das war in Zeiten des allgemeinen Umstiegs auf Kunststoff nicht immer einfach, erweist sich heute wieder als Glücksfall. Einheimisches Holz erfreut sich grosser Beliebtheit. Mit unseren Holzzahnbürsten sind wir europaweit führend. Und die Verkaufszahlen steigen weiter. Beim Holztrend ist aber schon die Konkurrenz aus China mit ihren Bambusprodukten zu spüren, was aus ökologischer Sicht doch einige Fragen aufwirft.

Ein Grossteil Ihrer Produkte wird dennoch aus Kunststoff hergestellt.

In der Ebnat AG hat der Kunststoff die Naturborsten in den 1950er-Jahren abgelöst. Kunststoff bietet enorm

viele Vorteile, weil beispielsweise pro Spritzgussvorgang innerhalb von 40 Sekunden bis zu 32 Teile hergestellt werden können. Holz muss sequenziell – ein Teil nach dem anderen – bearbeitet werden. Aber Kunststoff ist weniger beim Produkt, sondern bei Verpackungen zunehmend in Frage gestellt. In der Verpackungsindustrie herrscht eine grosse Unsicherheit. Die revolutionäre Alternative zum Kunststoff fehlt eigentlich noch. Denn viele Produkte wie Nahrungsmittel und Hygieneprodukte müssen verpackt werden. Zugleich möchte man aber das Produkt zeigen. Unsere Holzzahnbürsten sind in recyceltem Karton verpackt. Die Konsumenten akzeptieren, dass sie die Zahnbürste nicht sehen. Für die Verpackungen von Produkten, die wir für die Migros herstellen, verwenden wir hingegen ausschliesslich Folien aus PET-Recycling. Leider sieht man es dem durchsichtigen Kunststoff nicht an, ob er recycelt ist oder nicht. Es gibt eben Plastik und Plastik. Kunststoff ist nicht nur schlecht.

Die Ebnat AG versteht sich als ökologische Firma?

Umweltverträglichkeit ist eine Grundhaltung. Wir sind regional stark verankert und tragen Sorge zur Umgebung, in der wir wirtschaften. Das schulden wir nicht zuletzt den Menschen, die in unserer unmittelbaren Umgebung leben. Wir arbeiten unter anderem nach dem ISO-Zertifikat 14'001 (Environmental Management System). Seit etwa 40 Jahren heizen wir ausschliesslich mit Holzabfällen aus der Produktion

und nutzen diese Wärme auch zum Holzrocknen. Ausserdem sind in der Nachbarschaft zwei Wohnhäuser angehängt, die wir mitheizen. Wir arbeiten auch an weiteren Massnahmen: geschlossene Systeme zur Raumkühlung, kompletter Umstieg auf LED-Beleuchtung etc. Auch die Themen Druckluft oder die Rückgewinnung von Wärme bei unseren Maschinen beschäftigen uns. Zudem prüfen wir, aus der Verbrennung von Holzresten Strom zu gewinnen. Im Elektrizitätsbereich liesse sich noch einiges machen.

Ist das einfach die Idee eines auf Grün gebürsteten CEOs oder zieht die ganze Firma am selben Strang?

Vor einiger Zeit hatten wir ein internes Kaderseminar. Ich ging hin mit der Gewissheit, wir seien ja schon sackgut punkto Umweltverträglichkeit. Aber die Kadermitglieder fanden, wir müssten noch viel mehr tun und überrannten mich mit Ideen: Mobilitätskonzepte für die Mitarbeiter, zu Fuss oder mit öV statt mit dem Auto, wenn es der Schichtbetrieb zulässt; Umrüstung der Fahrzeugflotte auf Elektro- oder Wasserstoffbetrieb; CO<sub>2</sub>-Kompensationen bis zur CO<sub>2</sub>-Neutralität. Da spüre ich schon einen breit abgestützten Willen, noch ökologischer zu werden.

Lohnt sich das denn? Viele Unternehmen foutieren sich ja gerade «aus Gründen der Wirtschaftlichkeit» darum, nachhaltiger zu werden.

Wir halten aus zwei Hauptgründen am eingeschlagenen Pfad fest. Zum einen, weil sich die – gewiss manchmal schmerzhaften – Massnahmen für uns längerfristig auszahlen. Wir sind ein Familienunternehmen und weniger an kurzfristigen Gewinnen orientiert. So können wir langfristig an diesen Themen arbeiten. Die Veränderungen kommen schrittweise, wir können nicht von heute auf morgen einfach so den gesamten Maschinenpark mit energieeffizienteren Maschinen ersetzen. Das braucht Zeit, aber es lohnt sich. Und zum zweiten ist Nachhaltigkeit mittlerweile ein Marketingargument. Der Zeitgeist spielt nachhaltigen Unternehmen in die Hände. Für uns heisst das: Tue Gutes und sprich darüber. Es gibt natürlich Firmen, bei denen dieser Aspekt allein im Vordergrund steht. Wir wollen aber etwas bewirken mit unserem Engagement.

Braucht es staatliche Massnahmen, damit breitere Wirtschaftskreise auf einen grüneren Zweig kommen?

Gesetze haben wir mehr als genug. Die Wirtschaft braucht Information, Motivation, Anreize. Und es braucht gute Beispiele. Der Staat muss dafür die Grundlagen zur Verfügung stellen und er muss forschen. Zum Beispiel in der Elektrizitätspolitik: Der Staat muss nicht weitere Solarpanels finanzieren. Er soll dafür sorgen, dass das Stromnetz multipler wird. Man muss vielleicht wegkommen von den Grossproduzenten und hin zu lokalen, kleinen Einheiten. Der Staat oder besser: die Staaten müssen systemische Fragen klären und international koordinieren – Stichwort «Smart Grid» Beispielsweise könnte mit in der Sahara gewonnener, vorrätiger Solarenergie Wasserstoff produziert werden, der dereinst die Fahrzeuge emissionsfrei antreibt.

Also keine weiteren Subventionen oder gesetzliche Vorschriften seitens der Politik?

Nein, wenn die Infrastruktur vorhanden ist, zieht die Wirtschaft automatisch nach. Deutschland etwa hat die Windenergie im Norden massiv subventioniert, aber nicht ausreichend Leitungen in den Süden gebaut. Das ist ein Witz. Der Staat muss keine Elektrozapfsäulen finanzieren, Private eröffnen diese von sich aus, sobald es sich lohnt. Hingegen sehe ich keinen Grund, weshalb nicht jedes Unternehmen Solarpanels auf dem eigenen Dach installiert. Eine gesetzliche Verpflichtung hierzu könnte ich mir durchaus vorstellen – ausnahmsweise.

**Michele Vela hat nach dem Studium an der HSG als wissenschaftlicher Mitarbeiter unter Prof. Cuno Pümpin gearbeitet. In den 1990er-Jahren hat er ein Start-Up-Unternehmen aufgebaut, bevor er als Produktmanager zur Credit Suisse wechselte. Danach war er administrativer Leiter und später Geschäftsführer einer Einkaufsorganisation des Schweizer Detailhandels (Syntrade). 2010 trat er als Leiter Unternehmensentwicklung in die Ebnat AG ein und übernahm dort ab 2015 die Direktion von Pius Thoma.**